



**LANDKREIS**  
**ERDING**

## **PROTOKOLL**

---

**öffentlich**

**Büro des Landrats**  
**BL**

Alois-Schieß-Platz 2  
85435 Erding

Ansprechpartner/in:  
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129  
Fax 08122/58-1109  
elfriede.mayer@ira-  
ed.de

Erding, 17.10.2006  
Az.:

### **20. Sitzung des Kreistages am 16.10.2006**

#### **Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:**

Bauer, Thomas Dr.

Bauernfeind, Karl-Heinz bis 15.10 Uhr

Baumgartner, Gabriele

Becker, Manfred

Bendl, Roswitha

Biller, Josef

Borgo, Rudolf

Christofori, Erich

Els, Georg

Fischer, Franz

Fischer, Siegfried

Gäb Bernd ab TOP 2

Gotz, Maximilian

Grandinger, Johann

Grandinger, Simon

Hagl, Monika

Harrer, Jutta

Hartl, Anni

Heilmeier, Georg

Hofstetter, Franz Josef

Huber, Martin



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Jell, Rosmarie  
Kapfhammer, Rudolf  
Kellermann, Otto  
Knur, Herbert  
Krzizok, Heinrich  
Kubo, Reinhard Dr. bis 14.55 Uhr  
Kuhn, Günther  
Lackner, Helmut  
Ließ, Inge  
Meister, Michaela  
Mesner, Franz  
Mittermeier, Jakob  
Mock, Franz  
Patschky, Jürgen  
Peis, Hans  
Reingruber, Karlheinz  
Reiter, Wolfgang  
Rieß, Georg  
Rötzer, Marianne  
Rübensaal, Siegfried  
Rudolf, Emil Dr.  
Schlehuber, Anton  
Schwimmer, Hans ab 14.15 Uhr  
Sollanek, Ingrid (nur TOP 1)  
Sterr, Josef  
Stieglmeier, Helga  
Treffler, Stephan  
Vogelfänger, Cornelia  
Ways, Rudolf  
Wiesmaier, Hans



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**sowie als Vorsitzender:**

Bayerstorfer, Martin

**von der Verwaltung:**

Wirth, Harald

Mayer, Elfriede (Protokoll)

Centner, Christina

Herr Dreier, Verwaltungsratsvorsitzender der Fischer`s Stiftung zu TOP 4

## Tagesordnung

### **Öffentliche Sitzung**

1. Anerkennung der Gründe für die Niederlegung eines Kreistagsmandats  
Vorlage: 2006/0016
2. Vereidigung eines neuen Kreistagsmitglieds  
Vorlage: 2006/0018
3. Ausschussbesetzung  
Vorlage: 2006/0017
4. Fischer`s Kreisaltenheim; Wirtschaftsplan 2006  
Vorlage: 2006/0026
5. Bekanntgaben und Anfragen
  - 5.1 3. Start- und Landebahn
  - 5.2 Schülerbeförderung

## Öffentliche Sitzung des Kreistages am 16.10.2006

**Kreisrat Ways** beantragt zum Tagesordnungspunkt 4 „Fischer`s Kreisal-tenheim; Wirtschaftsplan 2006“ einen nichtöffentlichen Tagesordnungs-punkt zur Information aufzunehmen.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, einen zusätzlichen Tagesordnungs-punkt aufzunehmen sei nur möglich, wenn alle Kreisräte anwesend seien.

**Kreisrat Rübensaal** schlägt eine kurze Unterbrechung der Sitzung vor, um Herrn Dreier die Möglichkeit zu geben, bestehende Fragen ausräumen zu können.

Damit besteht allgemein Einverständnis.

### 1. **Anerkennung der Gründe für die Niederlegung eines Kreistags-mandats** **Vorlage: 2006/0016**

**Der Vorsitzende** verweist auf die versandte Vorlage und erklärt, mit Schreiben vom 16.08.2006 habe Frau Kreisrätin Sollanek gebeten, sie aufgrund ihres gesundheitlichen Zustands von ihrem Kreistagsmandat zu entbinden.

Der Vorsitzende würdigt die Verdienste von Kreisrätin Sollanek und erin- nert, dass Frau Sollanek seit 34 Jahren dem Kreistag Erding angehöre und als erste Frau 1983 den Kulturpreis des Landkreises Erding erhalten habe. Er bedankt sich für ihr kommunalpolitisches Wirken, ihre stete Be- reitschaft sich einzubringen, besonders im kulturellen und künstlerischen Bereich.

**Frau Sollanek** bedankt sich für die Entlassung aus den Ämtern und die vielen Besuche quer durch die Fraktionen.

Ohne Diskussion fasst der Kreistag folgenden Beschluss:

KT/0101-08

Die Gründe zur Niederlegung des Kreistagsmandats von Frau Kreisrätin **Ingrid Sollanek** werden anerkannt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 49 : 0 Stimmen**

### 2. **Vereidigung eines neuen Kreistagsmitglieds** **Vorlage: 2006/0018**

**Der Vorsitzende** begrüßt als Nachrücker der CSU-Fraktion im Kreistag für die ausscheidende Kreisrätin Ingrid Sollanek Herrn Bernd Gäb und heißt ihn herzlich willkommen.

Herr Gäb nimmt das Amt als Kreisrat an. Auf die Bitte des Vorsitzenden, spricht Herr Gäb folgende Eidesformel:



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL



"Ich schwöre Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Bayern. Ich schwöre, den Gesetzen gehorsam zu sein und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen. Ich schwöre, die Rechte der Selbstverwaltung zu wahren und ihren Pflichten nachzukommen, so wahr mir Gott helfe."

### **3. Ausschussbesetzung** **Vorlage: 2006/0017**

**Der Vorsitzende** erklärt, durch das Ausscheiden von Kreisrätin Sollanek sei eine Nachbesetzung durch die CSU-Fraktion in verschiedenen Ausschüssen, in denen Frau Sollanek vertreten war, erforderlich.

Er bringt folgenden Vorschlag zur Abstimmung.

KT/0102-08

Entsprechend dem Vorschlag der Kreistagsfraktion der CSU werden zur Nachfolge von Frau Kreisrätin Sollanek in den Ausschüssen bzw. im Verwaltungs-/Aufsichtsrat berufen:

Ausschuss für Kultur und Umwelt	Hans Grandinger
Bauausschuss (Stellvertreter)	Hans Grandinger
Jugendhilfeausschuss (Stellvertreter)	Bernd Gäb
Kreiskrankenhaus Erding (Stellvertreter)	Franz Mesner
proMED (Stellvertreter)	Franz Mesner
Vorprüf.Gremium für Verleih. Kulturpreis	Hans Peis

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 49 : 0 Stimmen**

### **4. Fischer`s Kreisaltenheim; Wirtschaftsplan 2006** **Vorlage: 2006/0026**

Vor der Beratung des Tagesordnungspunktes 4 „Fischer`s Kreisaltenheim; Wirtschaftsplan 2006“ begrüßt **der Vorsitzende** Herrn Verwaltungsratsvorsitzenden Dreier und unterbricht kurz die Sitzung des Kreistages (14.25 Uhr bis 14.30 Uhr) zur Beratung.

Nach der Unterbrechung bittet **der Vorsitzende** Herrn Dreier um Erläuterung des Wirtschaftsplans 2006 des Fischer`s Kreisaltenheims.

**Herr Dreier** erklärt, der vorliegende Wirtschaftsplan des Fischer`s Kreisaltenheimes weist einen Verlust von 562.200 € auf. Die maßgebliche Hauptursache dafür sei, dass durch die Sanierung des „Hauses Katharina“ das Jahr 2006 ein irreguläres Wirtschaftsjahr im Fischer`s Kreisaltenheim war. 44 Bewohner konnten in angemietete Patientenmodule am Kreiskrankenhaus untergebracht werden. Ein anderer Teil konnte anderweitig im Haus verlegt werden. Die restlichen ca. 40 Plätze seien, wenn Plätze frei geworden sind, nicht mehr nachbelegt worden. Daraus ergibt sich ein nicht unerheblicher Einnahmenverlust. Zudem seien zusätzliche Ausga-



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

ben von 220.000 € (z.B. für die Mietkosten der Module, usw.) entstanden, die nicht kompensiert werden konnten. Zudem war es nicht möglich, z.B. den Personalabbau oder Minderausgaben bei den Sachkosten in gleichem Maße durchzuführen.

Von der Stiftung sei 2005 ein nicht unerheblicher Deckungsausgleich aus dem Vermögenshaushalt von 379.000 € zugeführt worden. Die Stiftung sei verpflichtet, alle Überschüsse aus der Vermögensverwaltung dem Stiftungszweck zuzuführen, soweit nicht Rücklagen gebildet werden.

Herr Dreier geht davon aus, dass ab 2007 wieder ein regulärer Betrieb mit verminderter Belegung durchgeführt und die außerordentlichen Verlustdefizite legalisiert werden können, weil im sanierten Haus Katharina nur noch 60 Plätze zur Verfügung stehen.

**Kreisrat Bauernfeind** merkt zu Punkt 20 (Seite 2) an, die Entwicklung der Defizite war 2005 mit 187.000 € eingeplant. Im Ergebnis haben sich dann 402.578,64 € ergeben. Er denkt, dass vorhersehbar war, dass der Plan nicht erreicht werden kann, wenn über die Hälfte der Plätze der Pflegestation ausgelagert worden sind.

**Kreisrätin Ließ** erklärt, in den Erläuterungen (letzte Seite der Vorlage) steht: „Der Ansatz der Zinskosten sowie der Afa, welche der Stiftung als Trägerin aller baulichen Maßnahmen zufließen, wurde für das gesamte Jahr 2006 in voller Höhe geplant. Für das in 2006 nicht genutzte Haus Katharina wird überlegt, ob die Zinsen und Afa-Kosten entweder entfallen oder aber zumindest wesentlich reduziert werden können. „

Sie möchte wissen, wenn heute darüber abgestimmt wird, ob dann ein relativ großer Spielraum enthalten sei und die Zahlen verändert werden können.

Zudem meint sie, wenn es im Betrieb des Altenheims eine Kostenreduzierung gibt, müssten dementsprechend auch die Pflegesätze reduziert werden.

**Herr Dreier** erklärt, die Formulierung sei so gemeint, ob nicht deswegen, weil 2006 das Haus Katharina praktisch nicht genutzt werden konnte, hierfür die Ausgaben, die auf Seiten des Betriebes anfallen, möglichst durch Zuwendungen ersetzt werden können. Die Einnahmen aus den Pflegeleistungen werden weniger. Diese Mindereinnahmen sollen hier kompensiert werden.

**Der Vorsitzende** merkt an, die Anzahl der Pflegeplätze habe Auswirkungen auf der Einnahmenseite, weil nur die Pflegeplätze abgerechnet werden können, die tatsächlich belegt seien. Es sei nicht so, dass automatisch die Pflegesätze sich reduzieren, wenn die Aufwendungen geringerer seien.

**Herr Dreier** erklärt weiter, bisher sei ein Ausgleich über den Vermögenshaushalt vorgelegt worden. Bei der Erstellung des Wirtschaftsplanes 2007 müsse überlegt werden, wie die wirtschaftliche Situation für den Betrieb des Kreisaltenheimes gestaltet werden kann und welche Mittel von Seiten



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

der Stiftung für die nachhaltige Sicherung einer künftigen Wirtschaftlichkeit zur Verfügung gestellt werden können.

Im Augenblick sei der Betrieb des Altenheims durch Rücklagen aus den zurückliegenden Jahren selbst noch in der Lage, diese im Jahr 2006 entstandenen Defizite auszugleichen, obwohl diese Rücklagen durch die Ergebnisse der Jahre 2002, 2003 und 2005 schon geschmälert worden sind. 2007 wird es mit Sicherheit auch bei verminderten Vertragsdefiziten etwas schwieriger werden. Es sei dann zu überlegen, wie das Ganze für die Zukunft nachhaltig gesichert werden könne.

**Kreisrätin Harrer** fragt zur letzten Seite des Vorlageberichtes. Es steht bei Allgemeines: „Ein Gewinn oder ausgeglichenes Ergebnis ist auch für die Jahre 2006 ff vor allem wegen der zwei strukturellen Defizite zu niedrige Entgelte und zu hohe Personalkosten nur schwer oder gar nicht zu erreichen.“ Sie möchte wissen, was die Aussage „zu hohe Personalkosten und zu niedrige Entgelte“ bedeutet.

**Herr Dreier** antwortet, nachdem 2006 das Altenheim weniger belegt war und das Personal nicht in gleichem Maße reduziert werden konnte, besteht verständlicherweise ein Personalüberhang. Dieser Überhang werde sich 2007 etwas neutralisieren, weil die Belegung wieder mehr sein wird. Trotzdem wird es noch einen Überhang beim qualifizierten Fachpersonal geben. Hier müsse die Stiftung entsprechend der Vorgaben 50 % Fachkräfte beschäftigen. Derzeit sei der Anteil von ausgebildetem Fachpersonal ca. 65 %.

Das beschäftigte Personal (auch die Verwaltung und die sog. Wirtschaftsdienste) werde nach dem Tarifrecht des öffentlichen Dienstes bezahlt. Diese Personalkosten liegen wesentlich höher als beispielsweise private Träger an Personalkosten für die Heimbetriebe aufbringen müssen. Hier werde eine Umstrukturierung unvermeidlich sein, um auch hier entsprechende Kostenergebnisse erzielen zu können. Dazu seien bereits verschiedene Möglichkeiten in Erwägung gezogen worden. Zum Beispiel wäre eine Privatisierung wesentlicher Teile der Dienste (Wirtschaftsdienst, Verwaltungsdienst) möglich. Die entsprechenden Untersuchungen seien bereits durchgeführt worden und werden dem Verwaltungsrat als Alternative vorgeschlagen. Eine andere Möglichkeit könnte sein, zu versuchen, nach der Struktur des neuen Tarifrechts für den öffentlichen Dienst (TVöD) durch die Einführung entsprechender Leistungslöhne auch zu Kostenminderungen zu kommen. Das werde aber 2007 oder 2008 noch nicht die entscheidenden Verbesserungen bringen. Das Ganze sei mittel- und längerfristig zu sehen, weil die Beschäftigten sog. erworbene Rechte haben. Es wird auf längere Sicht nicht möglich sein, im Bereich des Personals Kosteneinsparungen vorzunehmen. Gerade aber dieser Bereich mache mindestens zwei Drittel der Ausgaben aus. Eine Einsparung an den Sachkosten sei bei einzelnen Fällen möglich, habe aber nur eine marginale Auswirkung.

Zu den niedrigen Entgelten berichtet er, dass in den Jahren 2002, 2003 und 2004 die Entgelte nicht angepasst worden sind. In diesen entsprechenden Wirtschaftsjahren seien Defizite entstanden, die sich tatsächlich durch Mindereinnahmen darstellen. Im Vergleich zu anderen vergleichbaren Häusern, wo die Entgeltanpassungen durchgeführt worden sind, set-



zen sich in gewisser Weise die Defizite in die Zukunft fort, weil es sich auswirkt, wenn von Jahr zu Jahr von einer niedrigeren Basis ausgegangen werden muss. 2005 seien zwar wieder Tarifverhandlungen durchgeführt und entsprechende Erhöhungen auch genehmigt worden, aber nicht in einer Größenordnung, die es ermöglicht hätte, auf einen Status zu kommen, der die nicht durchgeführten Anpassungen der zurückliegenden Jahre ausgeglichen hätte.

Künftig müsse versucht werden, durch entsprechende Kostenanpassungen bei den Ausgaben und durch eine entsprechende Finanzausstattung auf eine solide Basis zu kommen.

**Kreisrätin Harrer** fragt, aus welchem Grund keine Entgeltanpassung erfolgt sei.

**Herr Dreier** antwortet, in den genannten Jahren seien keine Pflegesatzverhandlungen durchgeführt worden.

**Kreisrat Bauernfeind** weist darauf hin, dass der Bereich Zinsen und Abschreibung auf den Wirtschaftsplan eine sehr geringe Auswirkung habe.

**Kreisrätin Stieglmeier** fragt zu Punkt 6 „Personalaufwand“ (Seite 5 der Vorlage), woran es liegt, dass der Verwaltungsdienst von 2004 118.810,47 € auf 2005 188.373,58 € gestiegen sei.

**Herr Dreier** erklärt, bis 31.12.2004 sei der Verwaltungsdienst vom Kreiskrankenhaus mit erledigt worden. Das Ganze sei in der Zwischenzeit über Geschäftsbesorgungskosten abgerechnet worden. Seit 01.01.2006 werde der Verwaltungsdienst mit eigenem Personal durchgeführt. Deshalb erscheine ein erhöhter Ansatz. Dafür seien aber die Kosten für die sog. Zentralen Dienste in der Jahresrechnung ersatzlos entfallen. Insgesamt habe sich diese Umstellung ertragsmäßig nicht vermehrt, sondern eher vermindert.

**Der Vorsitzende** ergänzt, früher habe das Kreiskrankenhaus die Verwaltung mit erledigt. Der Vertrag sei aufgelöst worden. Die Stiftung habe nun eigenes Personal. Deshalb ergebe sich bei den Personalkosten im Verwaltungsbereich eine Erhöhung und gleichzeitig aufgrund des Wegfalls des Geschäftsbesorgungsvertrages eine entsprechende Reduzierung.

Entscheidend sei, dass langfristig für weniger Pflegeplätze mehr Personal zur Verfügung steht. Und hier müsse eine Anpassung erfolgen.

**Kreisrätin Jell** merkt an, sie hört heute, dass es erhebliche Defizite gibt und gleichzeitig, dass keine Pflegesatzverhandlungen durchgeführt worden sind. Sie denkt, dass damit schon ein Zusammenhang besteht. Nicht erfolgte Verhandlungen ziehen einen hohen Schaden nach sich. Deshalb fällt es ihr schwer, unter diesen Umständen heute dem Wirtschaftsplan zuzustimmen.

**Der Vorsitzende** betont, dies müsse noch geklärt werden. Heute sei lediglich über den Wirtschaftsplan 2006 abzustimmen.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Becker** merkt an, heute sei über die Zahlen abzustimmen, die im Wirtschaftsjahr 2006 zu erwarten sind. Diese Zahlen ergeben sich aus den Belegungstagen und –sätzen.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, es sei nicht unüblich, dass ein Haushaltsplan verabschiedet wird und im Voraus nicht genau bekannt sei, wie sich die Einnahmenseite und die Ausgabeseite zu 100 % darstellt. Es kann nur zahlenmäßig festgestellt werden, was erwartet wird. Alles andere müsse sich ergeben.

Nach eingehender Diskussion bringt der Vorsitzende folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KT/0103-08

Der Wirtschaftsplan des Fischer`s Kreisaltenheimes für das Jahr 2006 (Erfolgsplan, Vermögensplan, Stellenplan) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 46 : 4 Stimmen**

## 5. Bekanntgaben und Anfragen

### 5.1 3. Start- und Landebahn

**Kreisrat Reingruber** fragt, nachdem bis 10.11.2006 keine Kreistagssitzung mehr stattfindet und der Landkreis aufgefordert sei, eine Äußerung zum Raumordnungsverfahren zur 3. Start- und Landebahn abzugeben, ob es sinnvoll wäre, ein Votum der Kreistagsmitglieder zu haben.

**Der Vorsitzende** antwortet, es sei geplant in der Sitzung des Strukturausschusses am 30.10.2006 dieses Thema zu behandeln. Er schlägt vor, zur geforderten fachlichen Stellungnahme auch eine politische Stellungnahme abzugeben. Ein Antrag und Vorschlag der CSU-Fraktion liegt bereits vor. Der Antrag lautet: „ Der Landkreis Erding lehnt die Planung und den Bau die 3. Start- und Landebahn am Flughafen München im Erdinger Moos ab. Die zur Erweiterung herangezogenen Argumente überzeugen nicht. Hinzu kommt, dass schon heute die Verkehrserschließung für das jetzige Zweibahnensystem mangelhaft ist und hinter den gegebenen Zusagen der zuständigen Verkehrsträger zurückbleibt.“

Die fachliche Stellungnahme werde von Seiten des Landkreises abgegeben, hierzu werden zur Zeit die verschiedensten fachlichen Bedingungen geklärt. Die Mitarbeiter des Landratsamtes erarbeiten derzeit die für die Stellungnahme notwendigen Argumente (vom Naturschutz bis hin zum Gesundheitswesen, usw.).

Der Vorsitzende beabsichtigt, den Inhalt dieser Stellungnahme dann auch mit den Bürgermeistern der hauptsächlich betroffenen Gemeinden abzustimmen. Er habe die Bürgermeister gebeten, ihre Stellungnahme auch dem Landratsamt zukommen zu lassen.

**Kreisrat Reingruber** erklärt sich damit einverstanden.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

## 5.2 Schülerbeförderung

**Kreisrat Krzizok** fragt nach dem neuesten Stand zu den Kosten für die Schülerbeförderung, insbesondere der Finsinger Schüler, die die Herzog-Tassilo-Realschule Erding besuchen.

**Der Vorsitzende** berichtet, dass eine Entscheidung der Reg. v. Obb abzuwarten sei. Inzwischen sei ein Verstärkerbus eingerichtet worden, der vom Landkreis bezahlt wird.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende die Sitzung des Kreistages um 15.15 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer  
Landrat

Elfriede Mayer  
Verwaltungsangestellte